

Die Klassendiktatur der Monopolbourgeoisie

Im Kapitalismus — Gesinnungsschnüffelei

Von Gleichberechtigung, Sicherheit und Freiheit ist in den Ländern des Kapitals sehr viel die Rede. Um die Freiheit für welche Klasse, für welche Ziele, auf Kosten welcher Klasse und gegen welche Interessen es dabei aber geht, das zeigt der Alltag des gewöhnlichen Kapitalismus zum Beispiel in der BRD. Doppelmörder werden freigesprochen und obendrein honoriert. Faschisten, an deren Händen buchstäblich das Blut Tausender und aber Tausender Menschen klebt, werden, wie Nazioberst Rudel, im Münchner Hofbräuhaus und anderenorts gefeiert.

Auf Truppenübungsplätzen der Bundeswehr weisen Richtungszeiger nach Gleiwitz und nach Königsberg, immer genau

in Richtung der ehemaligen „Ostgebiete“.

Die berüchtigte chemische Keule liegt griffbereit in den Waffenkammern der bundesdeutschen Polizei.

„Freiheit ist ein großes Wort, aber unter dem Banner der Freiheit wurden räuberische Kriege geführt, unter dem Banner der Freiheit der Arbeit wurden die Werktätigen ausgeplündert.“⁽¹⁾ Der Alltag in der BRD zeigt, daß diese Leninsche Erkenntnis aktuell wie je zuvor ist. Denn diejenigen, die sich gegen den gefährlichen Mißbrauch des Wortes Freiheit wenden, die aus Sorge um ihr Land die Stimme erheben bevor es zu spät ist, die stellt man an den Pranger, denen verwehrt man Beruf und Arbeit.

Berufsverbote entgegen Demokratie und Freiheit

Wahrlich eine schöne Freiheit, die Mord und Totschlag, Kriegsverbrechen und Kriegshetze legalisiert, aber alle die anklagt, die demokratische Rechte verteidigen und um ihre Sicherung und Ausweitung kämpfen. Eine solche Praxis liegt im System des Kapitalismus begründet; sie geht einher mit dem Erstarken der revanchistischen Kräfte in der BRD, mit dem Anheizen des Antikommunismus.

Seit dem berüchtigten Ministerpräsidentenerlaß aus dem Jahre 1972 (auch Extremisten-

erlaß genannt) wurde in der BRD ein umfangreiches Instrumentarium geschaffen, womit Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und andere engagierte Demokraten und Friedensanhänger als „Verfassungsfeinde“ diskriminiert und aus ihrem Beruf als Lehrer, Wissenschaftler, Lokführer, Postbote, Gerätewart, Verwaltungsangestellter entfernt bzw. für diese Tätigkeit gar nicht erst zugelassen werden. Nach unvollständigen Angaben wurden in der BRD nachweislich mehr als 800000

Überprüfungen vorgenommen und bereits mehr als 3000 Berufsverbote verhängt.

Hinter jedem einzelnen Berufsverbot steht ein Mensch, der mit seiner Arbeit ein wichtiges Betätigungsfeld für seine Fähigkeiten und seine Existenzgrundlage verliert. Die Aussicht, als politisch Gebrandmarkter eine neue Arbeit zu finden, ist gering, ja, wie die Praxis zeigt, kaum vorhanden. Fortschrittlich Gesinnte sollen zermürbt, sollen moralisch degradiert werden, genau das ist Absicht.

Mehr noch, mit der Berufsverbotspraxis hat sich eine Atmosphäre des Mißtrauens, der Unsicherheit, der Einschüchterung und des Duckmäusertums verbreitet. Es entwickelte sich eine Welle antikommunistischer Hysterie.

Den Berufsverboten gehen diskriminierende „Anhörverfahren“ voraus, die „Zweifel an der Verfassungstreue“ zur Rechtfertigung des Berufsverbots begründen sollen.

Denjenigen, die an Aktionen beispielsweise gegen Neofaschisten, gegen das Völkermorden in Vietnam, für die Ratifizierung der Verträge der BRD mit der UdSSR, der DDR und anderen sozialistischen Ländern teilnahmen, wird „Zweifel an der Verfassungstreue“ angekreidet, und das reicht zur Rechtfertigung des Berufsverbots!

Weitere Kriterien, die ein Berufsverbot begründen, sind die Mitgliedschaft in offiziell zugelassenen demokratischen Organisationen wie der DKP, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft oder der Vereinigung demokratischer Juristen, wissenschaftliche Ver-